



SPD-Mitglieder im neuen Senat



Die neue SPD-Fraktionsspitze  
Foto: Claudia Stäuble



Der ASF-Landesvorstand mit der neuen Staatssekretärin Barbara Loth (4.v.l.), der neuen Bürgermeisterin Angelika Schöttler (4.v.r.) und der neuen Senatorin Dilek Kolat (3.v.r.)

## Berlin nach der Wahl

von Dr. Eva Högl

Am 21. November 2011 haben wir auf unserem Landesparteitag mit großer Mehrheit den Koalitionsvertrag zwischen der SPD und der CDU verabschiedet. Der Koalitionsvertrag ist aus Sicht der Frauen ein voller Erfolg. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Die Koalition wird eine konsequente Berliner Frauenpolitik verfolgen. Gleichstellung und gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine aktive Frauenförderung sind dabei Grundsätze des gemeinsamen Handelns der Koalition.“ Das Landesgleichstellungsgesetz, für das wir in der letzten Legislaturperiode hart gekämpft haben, bleibt unverändert.

Im ASF-Landesvorstand haben wir drei Kernforderungen beschlossen:

1. Das Thema Frauen soll bei einem starken Ressort angegliedert sein, wie Wirtschaft oder Arbeit.
2. Das Frauenressort soll in SPD Hand.
3. 50 Prozent der Spitzenfunktionen sollen analog dem Beschluss im SPD-Landesvorstand mit Frauen besetzt werden.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat Klaus Wowereit am 24. November im ersten Wahlgang zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Am 28. November hat Klaus Wowereit seinen Senat vorgestellt. Michael Müller, Dilek Kolat, Ulrich Nussbaum und Sandra Scheeres übernehmen die SPD-Ressorts im Berliner Senat.

Der bisherige Fraktionsvorsitzende Michael Müller wird neuer Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, die bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dilek Kolat übernimmt das Ressort für Arbeit, Integration, Frauen. Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft wird die Berliner SPD-Abgeordnete Sandra

Scheeres, Finanzsenator bleibt Ulrich Nußbaum.

Die Fraktion hat am 1. Dezember den neuen Fraktionsvorsitzenden Rahed Saleh gewählt. Zum neuen Parlamentarischer Geschäftsführer wurde Thorsten Schneider gewählt.

Nach der Wahl des Parlamentspräsidenten Ralf Wieland sind damit von den acht von der SPD zu besetzenden Spitzenfunktionen nur zwei mit Frauen besetzt. Das zeigt, dass Absprachen unter Männern und zwischen den "Flügeln" der Partei mehr zählen als Beschlüsse der SPD zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern. Zwischen den Ansprüchen der SPD bei der Gleichstellung und der Realität klafft eine große Lücke. Ich bezeichne das als eine frauenpolitische Bankrotterklärung und bedauere sehr, dass wir im Jahr 2011 nicht weiter sind. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auch und vor allem bei Führungspositionen sollte längst eine Selbstverständlichkeit sein!

Bei den Staatssekretären/-innen sieht es bis jetzt ebenfalls nicht nach 50 Prozent Frauen und Männern aus. Elf Positionen sind inzwischen besetzt, davon sind sieben Männer und vier Frauen: Hella Dunger-Löper, Barbara Loth, Siggie Klebba und Regula Lüscher. Noch zu besetzen sind je zwei Staatssekretäre/-innen bei Finanzen und bei Stadtentwicklung/Umwelt. Die ASF stellt auch hier die klare Forderung auf, dass diese Positionen von Frauen besetzt werden müssen.

Der ASF-Landesvorstand Berlin trifft sich das nächste Mal am **25. Januar 2012, 19.30 Uhr** im Berliner Abgeordnetenhaus. Gäste und Interessierte sind immer gerne gesehen und sehr willkommen.

**Kommentare bitte an:**  
[asf.spd.berlin@googlemail.com](mailto:asf.spd.berlin@googlemail.com)

## Unsere Frauen für gute Frauenpolitik im Senat und in der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus

### Dilek Kolat ist neue Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen



Seit 1. Dezember ist Dilek Kolat nun offiziell Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen. Die Abgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg ist Diplom-Wirtschaftsmathematikerin. Sie ist seit 2001 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Bislang war sie Sprecherin für Haushalt und Finanzen. Mitglied im Hauptausschuss und Vorsitzende des Unterausschusses Vermögensverwaltung. Seit 2004 ist Dilek Kolat Kreisvorsitzende in Tempelhof-Schöneberg.

### Barbara Loth ist neue Staatssekretärin für Frauen



Am 6. Dezember ist Barbara Loth zur neuen Staatssekretärin für Frauen berufen worden. Die Juristin war seit 2006 Stadträtin in Steglitz-Zehlendorf. Seit November 2011 auch stellvertretende Bezirksbürgermeisterin. Sie ist seit 2004 im Landesvorstand der SPD. Zuletzt als stellvertretende Landesvorsitzende.

### Dr. Ina Czyborra ist neue frauenpolitische Sprecherin



Dr. Ina Czyborra ist neue frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Gleichzeitig übernimmt sie den stellvertretenden Vorsitz des AK II - Bildung, Wissenschaft und des AK VIII - Integration, Arbeit, Frauen. Dr. Ina Czyborra kommt aus Dahlem und ist von Haus aus Archäologin. Sie ist seit 2003 Inhaberin und Geschäftsführerin eines Unternehmens in der IT- und Veranstaltungsbranche.

### Franziska Becker ist neue Vorsitzende des AK Integration, Arbeit, Frauen



Franziska Becker übernimmt den Vorsitz des AK Integration, Arbeit, Frauen. Die Abgeordnete aus Charlottenburg-Wilmersdorf studierte Betriebswirtschaft und arbeitete einige Jahre bei Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Seit 2006 ist sie Geschäftsführerin eines Psychotherapie Bundesverbandes.

**Die ASF Berlin gratuliert herzlich und freut sich auf die Zusammenarbeit.**

## Bundeskongress der Europa-Union bestätigt Dr. Eva Högl, MdB als Vizepräsidentin



Die Europa-Union Deutschland hat auf ihrem 57. Bundeskongress unter dem Motto „Mit mehr Europa aus der Krise!“ am 27. November 2011 Dr. Eva Högl in ihrem Amt als Vizepräsidentin mit über 80 Prozent bestätigt.

Die leidenschaftliche Europäerin freut sich über die Wiederwahl und darüber, dass sie die erfolgreiche Arbeit der Europa-Union der letzten beiden Jahre weiter mitbestimmen kann. Die Europa-Union ist eine überparteiliche Organisation und mit über 17.000 Mitgliedern die größte proeuropäische Bürgerinitiative in Deutschland.

## 25 Jahre Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Berlin



Am 25. November 2011 feierte die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Berlin (SGK-Berlin) ihr 25jähriges Bestehen im Technikmuseum.

Rund 100 Gäste waren gekommen, um das Jubiläum würdig zu begehen. Gastredner waren der Gründer und erster Landesvorsitzender der SGK Berlin Jürgen Lüttke, der neue Bundesgeschäfts-

führer der SGK Alexander Götz, der Landesvorsitzende der SPD Michael Müller und die stellvertretende Landesvorsitzende der SGK Berlin Jutta Leder.

Viele Kommunal- und Landespolitikerinnen sind in der SGK organisiert. Hier erhalten Sie gute fachliche Informationen für ihre kommunale Arbeit. Im Bild sichtbar, ist die geballte Frauenpower in der SGK zusammen mit dem Landesvorsitzenden der SGK Horst Porath.

## 60 Jahre Deutscher Frauenrat: Beständigkeit im Wandel



Im Rahmen seiner diesjährigen Mitgliederversammlung hat der Deutsche Frauenrat sein 60-jähriges Bestehen gefeiert. Denn am 8. Dezember 1951 hatten 14 Frauenverbände den

„Informationsdienst für Frauenfragen“ gegründet. „Solange Frauen strukturell diskriminiert werden, ist deren Interessenvertretung unabdingbar, die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit aktueller denn je“, sagte Marlies Brouwers, Vorsitzende der Frauenlobby, anlässlich der Feier am 12. November. Daher sei und bleibe der Deutsche Frauenrat „ein unverzichtbarer Teil der politischen Interessenvertretung und Meinungsbildung in diesem Land“, so Brouwers. In ähnlichem Tenor würdigten auch zahlreiche GratulantInnen aus Politik und Zivilgesellschaft die Verdienste des Deutschen Frauenrates.

Anlässlich einer Einladung des Vorstands und der Delegierten am 11. November ins Bundesfrauenministerium nutzte der Frauenrat die Gelegenheit und stellte klar heraus, dass der Frauenrat bei seiner Forderung nach einer gesetzlichen Geschlechterquote von mindestens 40 Prozent für Aufsichtsgremien bleibt. Außerdem fordert er ein

Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und bekräftigte dies per Beschluss der Mitgliederversammlung 2011 erneut.

Der Deutsche Frauenrat konkretisierte seine Forderungen nach Abschaffung der Minijobs gegenüber der Bundesregierung. Er nannte Rahmenbedingungen, die notwendig sind, um Minijobs in versicherte (Normal-)Arbeitsverhältnisse zu überführen und alle Beschäftigungsformen gleich zu behandeln. Dazu gehören: die Abschaffung des Ehegattensplittings, die Durchsetzung geltenden Arbeitsrechts, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, gesetzliche Regelungen zur Überwindung der Entgeltungleichheit und die Einführung eines Verbandsklagerechts zur verbesserten Unterstützung Betroffener.

Das neue Familienpflegezeitgesetz wurde von der Mitgliederversammlung grundsätzlich kritisiert. Um die Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige zu verbessern, müssen unter anderem die Pflegezeiten in der Rentenversicherung höher bewertet werden, mit dem Ziel einer Angleichung an die Erziehungszeiten, fordert der Deutsche Frauenrat.

Darüber hinaus fordert die Frauenlobby die Bundesregierung erneut auf, das geplante Betreuungsgeld nicht einzuführen. Weitere [Informationen](#).

## AWO verleiht Heinrich-Albertz-Friedenspreis an Jutta Limbach



Am 8. November 2011 hat Jutta Limbach den Heinrich-Albertz-Friedenspreis der AWO verliehen bekommen. Die AWO würdigte in Anwesenheit zahlreicher namhafter Gäste aus Politik und Gesellschaft, das Wirken und Handeln von Prof. Dr. Jutta

Limbach. Jutta Limbach setzt sich stets und besonders in ihren früheren Positionen als Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und als Präsidentin des Goethe-Instituts für Recht, für demokratische Grundwerte und für die Gleichberechtigung von Frauen ein. Dabei zeichnete sie sich immer durch ihre hohe Fachlichkeit, ihre innere Unabhängigkeit und den Mut zu unbequemen Wahrheiten aus.

Die Laudatio auf Prof. Dr. Jutta Limbach hielt der vorangegangene Preisträger Dr. Hans-Jochen-Vogel.

Die Preisträgerin fühlte sich sichtlich geehrt und erinnert daran, dass der Namensgeber des Preises Heinrich Albertz „unter Politik die Aufgabe verstand, die Mühsal der menschlichen Existenz zu erleichtern“. Deshalb könne die Arbeiterwohlfahrt zu Recht stolz

sein, dass er von 1949 bis 1965 ihr Bundesvorsitzender war. Zudem betonte Limbach, dass die politischen Freiheits- und die sozialen Teilhaberechte einander wechselseitig bedingen und dass sie beide die Grundlage einer Demokratie wären. In diesem Zusammenhang kritisierte sie: „Die von Marie Juchacz ersehnte Chancengleichheit lässt nach wie vor zu wünschen übrig. Noch immer hängen die Bildungschancen der Kinder von den Berufen und von den Einkommen der Eltern ab. Wir sind nach wie vor gefordert, die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die aus der familiären Herkunft der Eltern resultieren“, betonte Limbach abschließend.

Mit dem Heinrich-Albertz-Friedenspreis ehrt die AWO seit 1999 Persönlichkeiten, die Solidarität und soziale Verantwortung in den Mittelpunkt ihres Lebens stellen und die sich um die Ausgestaltung der Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit und um den inneren und äußeren Frieden in besonderer Weise verdient gemacht haben. Jutta Limbach ist bereits Preisträgerin der Marie-Juchacz-Plakette, der höchsten Auszeichnung der Arbeiterwohlfahrt.

## Weiberwirtschaft erhält Innovationspreis der SPD

von *Marijke Höppner*



Unter dem Motto Genossenschaften - ein traditionsreiches Wirtschaftsmodell mit innovativer Kraft" wurden drei Genossenschaften mit dem diesjährigen Innovationspreis der SPD ausgezeichnet.

Eine der Preisträgerinnen: die WeiberWirtschaft— Standort für Chefinnen! "Große Freude in der WeiberWirtschaft! Wir sind eine von drei Preisträgerinnen des Innovationspreises der SPD", heißt es auf deren Webseite.

Die Genossenschaft WeiberWirtschaft ist das größte Gründerinnenzentrum Europas, angesiedelt in Berlin-Mitte. Mit dem Ziel Initiativkraft, wirtschaftliche Potenzi-

ale und die Unternehmens-Lust von Frauen zu bündeln, gibt die Genossenschaft Frauen Raum - im kreativen Sinne, denn es geht um den Austausch von Ideen und im wörtlichen Sinne, denn die Anklamerstraße 38-40 ist auch ein Gewerbestandort und Tagungszentrum. 1.600 Genossenschaftlerinnen haben sich dem Projekt schon angeschlossen. Seit 1998 ist die Tempelhof-Schöneberger Sozialdemokratin Margrit Zauner Mitglied des Aufsichtsrates.

Zu den Preisträgern zählen neben der WeiberWirtschaft die innova eG und die Netzkauf EWS eG.

Weitere Informationen:

<http://www.weiberwirtschaft.de/>



## „Nein zu Gewalt an Frauen – frei leben ohne Gewalt“

Am 25. November hat der von den Vereinten Nationen ins Leben gerufene Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen stattgefunden. Aus diesem Anlass hat die Menschenrechtsorganisation „Terre des Femmes“ am 25. November schon zum zehnten Mal die symbolische Fahne „Nein zu Gewalt an Frauen – frei leben ohne Gewalt“ als ein sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen gesetzt. Die SPD hat traditionell die Fahne in den Bezirken, am Kurt-Schumacher-Haus und am Willy-Brandt-Haus gehisst.

"Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles Schicksal, sondern immer eine schwere Menschenrechtsverletzung", so die Landesvorsitzende der ASF-Berlin Dr. Eva Högl. "Das ist inakzeptabel und deshalb habe ich mich als ASF-Landesvorsitzende erfolgreich für ein klares Bekenntnis der neuen Berliner Koalition gegen Gewalt an Frauen und für die Unterstützung der Opfer von Gewalt eingesetzt. Der Koalitionsvertrag legt fest, dass Frauen mit Gewalterfahrung die Sicherung von Unterhalt und eine schnelle Unterbringung an einem sicheren Ort zugesprochen werden. Es ist eine klare

Botschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Berlins, dass Opfer von Gewalt in unserer Stadt nicht allein gelassen werden."

Die Dunkelziffer bei den Fällen häuslicher Gewalt ist anhaltend hoch. Viele Fälle werden nicht zur Anzeige gebracht. Registriert wurden im vergangenen Jahr 2010 in Berlin 15.972 Fälle häuslicher Gewalt, das sind etwa 2 Prozent weniger als im Vorjahr. Darunter waren 5 vollendete Tötungsdelikte und 19 Versuche. Insgesamt gab es 12.820 Opfer von häuslicher Gewalt, die Anzeige erstattet haben. 76,6 Prozent dieser Opfer sind weiblich, 23,4 Prozent sind männlich.

„Am Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen denken wir an die Opfer, die keine Stimme haben. Wir müssen das Thema Gewalt gegen Frauen in die Öffentlichkeit tragen und nicht verschweigen. Nur so können wir Gewalt wirksam bekämpfen“, so Martina Hartleib vom ASF-Landesvorstand.

## „weiblich-jung-engagiert“-Veranstaltungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung von Daniela Schacht



Am 15. Juli 2011 fand die erste Veranstaltung mit einer Einführung von Andrea Nahles statt. Themen waren u. a. Strategien im Umgang mit Old Boys Netzwerken sowie der gegenseitige Austausch in verschiedenen

Werkstätten zu Themen wie „Akademikerin trifft auf Ortsverein“, „Politik trifft auf weibliche Netzwerke“ oder „Politik und junger Feminismus“.

Nachdem die Werkstätten beim letzten Mal zeitlich zu kurz kamen, gab es nach dem [Frauen-Barcamp](#) Mitte Oktober 2011 jetzt am 29. November 2011 in der Kalkscheune die nächste Möglichkeit zum gegenseitigen Austausch.

Nach zwei Impulsreferaten zu den Themen Burnout

und Bloggerinnen gab es in sieben unterschiedlichen Werkstätten viel Diskussionsbedarf. Themen waren u.a. die Rolle von Frauen im Internet, Gender-Gap im Ehrenamt, die Sichtbarkeit von Frauen in Parteien und Frauen als Führungskräfte. Auch hier zeigte sich wieder die knappe zeitliche Begrenzung als Problem: Es tauchten immer neue Fragen auf, die nur in Ansätzen besprochen werden konnten.

Stoff für die nächste Veranstaltung bleibt also mit Sicherheit. Den Ausklang bildete erneut das sehr sehens- und erlebenswerte Trio „Muschiballett“ mit einer feministischen Performance.

Weitere Infos und die Dokumentation zu den Veranstaltungen gibt es auch in der Facebookgruppe [„weiblich-jung-engagiert“](#).

## Familienfreundliche Zeitpolitik



Am 28. Oktober 2011 ist der achte [Familienbericht](#) vorgestellt worden. Er wurde von einer unabhängigen Kommission unter Leitung von Prof. Dr. Georg Thüsing erarbeitet. Er trägt den Titel "Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik".

Die Sachverständigenkommission hat in ihrem Bericht Eckpunkte für eine familienfreundliche Zeitpolitik entwickelt, entlang der Zeitbedürfnisse, Zeitkonflikten und Wünschen von Familien in unterschiedlichen Phasen und Familienkonstellationen. Anliegen der Politik müsse es sein, so die Kommission, eine Benachteiligung der Familie zu verhindern, wenn es darum geht, Zeit gesellschaftlich einzuteilen. Daher sollen Zeitstrukturen und Zeitnormen entwickelt werden, in denen die Familie ihren Platz hat.

Die Familienministerin will nun Handlungskonzepte für eine familienfreundliche Zeitpolitik entwickeln.

Zunehmend nehmen die Gewerkschaften in der Arbeitszeitpolitik die Gestaltung der Lebensarbeitszeit ins

Visier. Die IG BCE fordert in einem Diskussionspapier eine „Gesamtbetrachtung“. Neue Arbeitszeitsysteme auf der Basis von Lebensarbeitszeit seien „zwingend erforderlich“. Die Tarifpolitik müsse höhere Flexibilität bei den Arbeitszeiten in verschiedenen Lebensphasen und einen gleitenden Ausstieg im Alter ermöglichen.

Der ver.di-Bundeskongress verabschiedete im September eine [EntschlieÙung](#), nach der sich das „arbeitszeitpolitische Leitbild“ der Gewerkschaft an den Wünschen und Interessen der Beschäftigten nach weitgehender Arbeitssouveränität orientieren soll. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso wie flexible Übergänge in die Rente oder auch Zeit für Qualifikation und Weiterbildung.

Auch die IG Metall fordert in der Debatte um die Arbeitszeit „mehr Autonomie“ für die Beschäftigten: Es sei „Zeit, dass wir was drehen“. Die Arbeitszeiten sollen sich stärker an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren. Dazu gehören eine „bessere Balance von Arbeit und Privatem und gesundheitsförderliche Arbeitszeiten“.

## Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung



Der Deutsche Juristinnenbund hat die Dokumentation ["Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung 2011 - Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen im europäischen Kontext"](#) am 16. November 2011 vorgestellt. Sie berichtet unter anderem über die zweite Runde der Hauptversammlungsbesu-

che von Mitgliedern des Deutschen Juristinnenbundes und die Befragung von Vorständen und Aufsichtsräten zu Frauen in Führungspositionen. Die Dokumentation dieses Projektes stellt eine Standortbestimmung in den Unternehmen dar und ist Bestandteil des Monitorings zum Stufenplan.

## Zwangsverheiratung in Deutschland - Anzahl und Analyse von Beratungsfällen



Zum Problem Zwangsverheiratung gab es bislang nur wenige wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse in Deutschland. Das Bundesfamilienministerium hatte die Studie ["Zwangsverheiratung in Deutschland - Anzahl und Analyse von Beratungsfällen"](#) in Auftrag gegeben, in der erstmals bundesweit Erkenntnisse von Beratungseinrichtungen über Menschen, die von Zwangsverheiratung bedroht oder betroffen sind, erho-

ben und systematisch ausgewertet werden. Die Kurzfassung kann im Internet heruntergeladen werden. Die Langfassung ist beim Budrich-Verlag erschienen.

Bundesministerin Schröder ist durch ihre Interpretationen der Studie in die [Kritik der Medien](#) geraten. Die Wissenschaftler verwehren sich gegen Schröders Fehlwahrnehmungen, stereotypen Interpretationen und etwaigen politischen Instrumentalisierungen der Studie.

## Jetzt Pfändungsschutz-Konten einrichten



Zum Jahreswechsel stehen wichtige Änderungen zum Kontenpfändungsschutz an, die insbesondere Hartz IV-EmpfängerInnen beachten sollten. Der bisherige 14tägige gesetzliche Pfändungsschutz von Sozialleistungen fällt zum 1. Januar 2012 weg.

Die Bundesagentur für Arbeit rät daher von Kontenpfändung betroffenen Hartz IV-EmpfängerInnen, bestehende Konten schnellstmöglich in ein Pfändungsschutz-Konto umzuwandeln. Durch eine Umwandlung wird automatisch ein Grundfreibetrag in Höhe von 1.028,89 Euro geschützt. Der persönliche Freibetrag kann unter Umständen aber auch höher ausfallen.

Die Umwandlung in ein Pfändungsschutzkonto erfolgt auf Antrag durch die kontoführende Bank. Geht der Pfändungsschutz über den persönlichen Freibetrag hinaus, ist ein Nachweis erforderlich.

Das Pfändungsschutz-Konto kostet allerdings Gebühren. Die Berliner Sparkasse nimmt seit November 2011 fünf Euro monatliche Grundgebühren für ein solches Konto.

Ein Pfändungsschutz-Konto erhalten aber nur Personen, die schon ein Girokonto besitzen. In Deutschland verfügen mehr als 700.000 Menschen nicht über ein Girokonto. Der Hamburger Senat will daher mit einer Bundesratsinitiative einen Rechtsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger auf ein Girokonto durchsetzen.

## Berlin — Gesunde Stadt für Frauen



Das [Netzwerk Frauengesundheit Berlin](#) feiert in diesem Monat sein 10jähriges Bestehen.

Das Netzwerk vereinigt Vertreterinnen aus Organisationen und freien Trägern, wissenschaftlichen und klinischen Forschungseinrichtungen, Senats- und Bezirksverwaltungen sowie interessierte Fachfrauen, die mit geschlechtsspezifischen Aspekten der Gesundheitsförderung und -versorgung befasst sind.

Das Netzwerk tagt einmal monatlich in einem offenen Netzwerktreffen. Das nächste Mal am 14. Dezember 2011.

Das Netzwerk kooperiert auch mit anderen Arbeitskreisen, so zum Beispiel mit dem [Arbeitskreis Frauengesundheit e.V. \(AKF\)](#). In diesem Arbeitskreis werden die Interessen von Frauen als Patientinnen, als Expertinnen und als Bürgerinnen gebündelt. Der AKF hat zum Ziel eine größere Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen und zur Erneuerung unseres Solidarsystems

## Neue Website für den Girls`Day



Die neue Webseite für den Girls`Day - Mädchen-Zukunftstag ist online. Ab sofort können Girls`Day-Veranstaltungen für das kommende

Jahr 2012 freigeschaltet werden.

Zur zuverlässigen Orientierung, zu welchen Berufen und Studiengängen Veranstaltungen in die Aktionslandkarte aufgenommen werden können, gibt es eine Berufeliste im [Downloadcenter](#).

Rückfragen sind telefonisch möglich unter: Tel. 0521-106 7357 oder wenden sich an Ihre persönliche [Ansprechpartnerin](#).

Es kann auch ein [Newsletter](#) abonniert werden.

Weiter Informationen unter: <http://www.girls-day.de/>

## Neuer Gesetzentwurf zum Unterhaltsvorschussgesetz



Wenn der Vater nicht zahlt, kann der Staat in Vorleistung treten. Maximal 72 Monate bis zum 12. Lebensjahr des Kindes wird der Unterhaltsvorschuss gezahlt. Das regelt das Unterhaltsvorschussgesetz. Der Staat treibt die Unterhaltsschulden dann beim Vater ein. Aber die Rückholquoten sind in Berlin konstant niedrig. Sie liegen seit Jahren zwischen 12 und 13 Prozent. Ein Drit-

tel der so entstandenen Kosten für Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz trägt der Bund.

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hatte in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen, dass die Altersgrenze auf 14 Jahre heraufgesetzt werden soll. Diese Regelung hat die Bundesregierung aber ad acta gelegt. Begründung: „Kein Geld“.

„Die Landesarmutskonferenz und die Bundesarmutskonferenz haben die Altersgrenze beim Unterhaltsvorschussgesetz schon häufig kritisiert. Die Begrenzung auf das zwölfte Lebensjahr ist eine willkürliche Grenze, die keinerlei sachliche Gründe hat“, so Martina Hartleib vom ASF-Landesvorstand.

Zur Zeit befindet sich ein Gesetzentwurf zur Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes in der Ressortabstimmung. Dieser Entwurf sieht die Entbürokratisierung des Gesetzes vor, auch soll die Rückholquote verbessert werden. Der Gesetzentwurf will dafür die Auskunftsmöglichkeiten über den familienfernen Elternteil verbessern und außerdem soll eine Klarstellung in Bezug auf dynamisierte Unterhaltstitel erfolgen.

„Es ist dringend notwendig, dass die Altersgrenze angehoben wird, auch die maximale Bezugsdauer muss ausgeweitet werden. Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf reicht nicht aus“, so Martina Hartleib weiter.

Auf dem Landesparteitag der SPD ist ein Antrag zum Unterhaltsvorschussgesetz verabschiedet worden. Der Antrag hat zum Ziel, die maximale Dauer von Unterhaltsvorschussleistungen von bisher 72 Monaten bis zum 12. Lebensjahr des Kindes auf zunächst 96 Monate bis zum 18. Lebensjahr auszuweiten. Die weitere Ausdehnung bis zum Ende der Ausbildung der Kinder soll angestrebt werden. „Das ist ein wichtiger Antrag, der vor allen Dingen die Situation von Alleinerziehenden deutlich verbessern würde“. [Informationen](#)

## Frauen in der Minijob-Falle – Mindestlohn überfällig!

von Ilona Laschütza



Über sieben Millionen Menschen arbeiten derzeit in Deutschland in einem so genannten Minijob, zwei Drittel davon sind weiblich. Durch die geringfügige Beschäftigung

erzielen Frauen keine oder nur minimale Ansprüche an die Kranken-, Pflege- oder Arbeitslosenversicherung. Eine ausreichende Vorsorge für das Alter ist durch die geringen Anwartschaften quasi unmöglich. Abhängigkeiten vom meist männlichen Hauptverdiener entstehen ebenso wie die Gefahr von Altersarmut.

Aber selbst mit einer Vollzeitbeschäftigung zählen viele Frauen nach wie vor zu den Verlierern. Die Zahlen sind alarmierend. Jede dritte Frau mit einem Vollzeitjob bezieht lediglich einen Niedriglohn, wie die Bundesregierung jüngst auf eine kleine Anfrage der SPD-

Bundestagsfraktion eingestehen musste.

Einmal mehr wird deutlich, dass die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes von 8,50 Euro längst überfällig ist. Denn vom Mindestlohn werden in erster Linie Frauen profitieren. Erfreulich ist, dass CDU/CSU nach jahrelangem erbittertem Widerstand endlich eingesehen haben, dass Mindestlöhne keine Arbeitsplätze vernichten, sondern eine menschenwürdige Existenz ermöglichen. Am Mindestlohn führt kein Weg vorbei, wenn man Gleichstellungspolitik ernst meint!

Weitere Informationen zur Beschäftigungssituation in Deutschland gibt es nachzulesen in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: „[Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung in Deutschland](#)“.

## Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Forschung

**SPD**  
**BUNDESTAGS**  
**FRAKTION**

Auf insgesamt 117 Seiten beantwortet die Bundesregierung die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zur [„Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Forschung“](#).

Am 15. Dezember 2011 gegen ca. 14.00 Uhr findet die Plenardebatte dazu im Deutschen Bundestag statt.

Die Fragen behandeln den Frauenanteil in Wissenschaft und Forschung sowie neue Perspektiven, Strategien, politischen Instrumenten und Förderprogrammen.

Die Bundesregierung verweist auf Angaben des Statistischen Bundesamtes. Demnach ist der Anteil der Studentinnen von 46,1 Prozent im Jahr 2000 auf 47,8 Prozent im Jahr 2009 gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Frauen, die einen universitären Abschluss erlangten, von 44,8 Prozent auf 52,3 Prozent gestiegen. Auch der Frauenanteil bei Promotionen hat von 34,3 Prozent (2000) auf 44,1 (2009) Prozent zugelegt.

Der Antwort zufolge ist auch der Anteil der Frauen am wissenschaftlichen Personal in außeruniversitären Forschungseinrichtungen und in Leitungsfunktionen kontinuierlich gewachsen. Jedoch sind Frauen dort noch immer stark unterrepräsentiert. Zudem arbeiten sie – so lässt sich der Vorlage entnehmen – an Hochschulen öfter in befristeten Beschäftigungsverhältnissen als Männer. 2009 waren hier rund 50,9 Prozent der Frauen auf Zeit angestellt, bei den Männern betrug der Anteil nur 41,5 Prozent.

Die Bundesregierung habe das Ziel, das im Grundgesetz verankerte Grundrecht der Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen, heißt es weiter.

In das Professorinnenprogramm sind laut Antwort im Jahr 2010 15 Millionen Euro geflossen, in das Förderprogramm „Frauen an die Spitze“ 7,86 Millionen Euro und in den Nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen – also in Berufen der Fachgebiete Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – rund 3,82 Millionen Euro.

## Quoten für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich regeln

**SPD**  
**BUNDESTAGS**  
**FRAKTION**

Am 2. Dezember 2011 hat der Deutsche Bundestag abschließend über einen Antrag der SPD-Bundestagsfraktion [„Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festschreiben“](#) beraten. Deutschland hat erhebliche Defizite bei der Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft.

Der Anteil von Frauen in Führungspositionen stagniert auf niedrigem Niveau. Die freiwillige Vereinbarung der Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der Privatwirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit hat keine nennenswerten Fortschritte gebracht. Damit mehr Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen vertreten sind, bedarf es gesetzlicher Regelungen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, eine gesetzliche Quote von mindestens 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände einzuführen. Sie muss für Aktiengesellschaften und mitbestimmungs-

pflichtige Unternehmen gelten. In Aufsichtsräten soll sie spätestens 2015 für Arbeitnehmervertreter sowie Anteilseigner gelten. Bei Vorständen ist sie in gesetzlich geregelten Schritten einzuführen. Neben dem bzw. der Vorstandsvorsitzenden soll jeweils ein Stellvertreter dem anderen Geschlecht angehören. Die Nichteinhaltung der Vorgaben muss sanktioniert werden. Der Antrag ist abgelehnt worden.

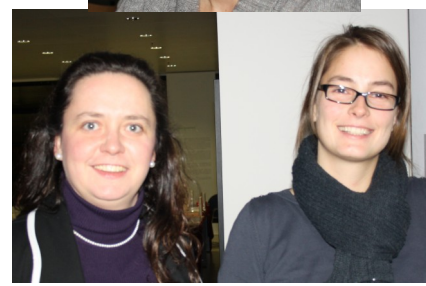
Zuvor hatte der Deutsche Bundesrat am 25. November 2011 einen Gesetzentwurf des Landes Nordrhein-Westfalen zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen knapp abgelehnt.

Die SPD-Bundestagsfraktion plant nun, einen Gesetzentwurf zur Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände in den Deutschen Bundestag einzubringen.



Ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches  
neues Jahr wünscht der ASF-Landesvorstand Ber-  
lin!

### Erster Roter Salon der Bundes-ASF



### Termine

**14.12.2011, 16.00 Uhr**

10 Jahre Netzwerk Frauengesundheit — Rückblick und Ausblick,  
Werkstatt der Kulturen, Wissmannstr. 32, 12049 Berlin

**17.12.2011, 18.00 Uhr**

Weihnachtsessen der AG Lesben und Schwule in der SPD Berlin, "12  
Apostel", Georgenstraße 2, 10117 Berlin-Mitte (Nähe S+U Friedrich-  
straße)

**23.01.2011, 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr**

Frauensenatorin Dilek Kolat zu Besuch beim LandesFrauenRat Berlin  
e.V., UCW, Sigmaringer Straße 1, 10713 Berlin (Konferenzsaal 4.  
Etage).

**25.01.2011, 19.30 Uhr**

ASF-Landesvorstand, Abgeordnetenhaus von Berlin

### Impressum:

Herausgeber:  
ASF-Berlin  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin

V.i.S.d.P.:  
Dr. Eva Högl

Redaktion:  
Anett Baron, Martina Hartleib, Danie-  
la Schacht

Satz und Layout:  
Martina Hartleib

Internet:  
<http://www.asf-berlin.de>